

Chronik der Ereignisse der 14. Legislaturperiode

(zusammengestellt von Gesa Wilms)

Das Jahr 1999

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 hat die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne.

- 01.01. Das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit tritt in Kraft.
- 22.02. Die Krawalle nach der spektakulären Verschleppung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan aus Kenia erschüttern Europa. In Bonn streiten Politiker um Sicherheitsmängel und den Doppel-Paß. Bundesweit wird Großalarm für Polizei und Bundesgrenzschutz ausgelöst. Das Aufflammen des kurdischen Terrors trifft die deutschen Sicherheitsexperten unvermittelt.
In Bonn wankt nach der Kurden-Randale das Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft. Aus Angst vor Krawallen hat Kanzler Schröder trotz eines bestehenden Haftbefehls des Bundesgerichtshofs gegen Öcalan (Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, fünffacher Mord) auf die Auslieferung aus Italien verzichtet. Die Behörden in Rom hatten Öcalan aufgrund des deutschen Haftbefehls festgesetzt.“08.03.“Bonner Gesetz gegen Scheinselbständigkeit. Seit Anfang des Jahres gelten strengere Auflagen für sogenannte Scheinselbständige, damit soll verhindert werden, dass Betriebe reguläre Mitarbeiter durch Freiberufler ersetzen, für die keine Sozialabgaben fällig sind.
- 08.03. Bisher knapp dreißig Brandanschläge gegen türkische Einrichtungen.
- 24.03. Operation „Allied Force“ läuft an. Nato-Flugzeuge bombardieren Ziele in Jugoslawien.
- 30.03. Jugoslawien: Die systematische Vertreibung der Kosovo-Albaner dauert an. Albanien bereitet sich auf einen Flüchtlingsansturm vor.
- 31.03. Jugoslawien: Der Vermittlungsversuch des russischen Premierministers Primakow ist gescheitert. Die Nato bombardiert erneut Ziele in Jugoslawien.
- 31.03. Innerhalb der Bündnis 90/Die Grünen wächst der Widerstand gegen die Luftangriffe in Jugoslawien.
- 01.04. In Bonn beraten die Außenminister von acht Balkanstaaten sowie ihre Kollegen aus Deutschland, Finnland und Österreich über die Koordinierung von Hilfsmaßnahmen für die Kosovoflüchtlinge. Bisher sind mehr als 150.000 Menschen aus dem Kosovo nach Albanien, Mazedonien und Montenegro geflohen.
- 02.04. 41 Hamburger Rechtsanwälte verklagen Bundeskanzler Schröder und Verteidigungsminister Scharping wegen „Vorbereitung eines Angriffskrieges“
- 10.04. Im Streit mit der Bundesregierung um die Besteuerung der Atom-Rückstellung lenken die Stromkonzerne ein.
- 12.04. SPD-Sonderparteitag – Bundeskanzler Gerhard Schröder wird als Nachfolger von Oskar Lafontaine als SPD-Vorsitzender mit knapp 76 Prozent der Stimmen gewählt. Dabei handelt es sich um das schlechteste Wahlergebnis eines SPD-Vorsitzenden seit 1946. Erstmals seit Willy Brandt liegen bei den Sozialdemokraten Parteivorsitz und Kanzleramt wieder in einer Hand.

- 17.04. Die Eröffnung des renovierten Reichstages läutet den Beginn der „Berliner Republik“ ein.
- 20.04. Bundesumweltminister Jürgen Trittin spricht sich öffentlich gegen die Nato-Schläge gegen Jugoslawien aus.
- 20.04. Deutsche Soldaten befinden sich auf dem Weg nach Albanien.
- 24.04. Günter Verheugen (SPD) wird neuer EU-Kommissar in Brüssel.
- 03.05. Neugebildete Zukunftskommission unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker soll über die Zukunft der Bundeswehr beraten.
- 11.05. Bundeskanzler Schröder besucht China.
- 13.05. Sonderparteitag der Grünen. Ein Demonstrant trifft Bundesaußenminister Fischer mit einem Farbbeutel.
- 20.05. Unterschriftenaktion gegen den Doppelpaß.
- 23.05. Wahl des Bundespräsidenten: Johannes Rau (SPD) setzt sich gegen Dagmar Schipanski (parteilos; Vorschlag der CDU) und Uta Ranke-Heinemann (PDS) durch.
- 29.05. Das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag erlässt einen Haftbefehl gegen Slobodan Milosevic.
- 06.06. Baugewerbe: Tarifparteien und Bundesregierung einigen sich über das „Schlechtwettergeld“
- 11.06. Die Bundesregierung erklärt Zwangsmaßnahmen bei der Abschiebung wieder für möglich.
- 11.06. Der Bundestag stimmt mit großer Mehrheit für den Einsatz von 8500 Bundeswehrsoldaten in der Kfor-Truppe zu.
- 28.06. Der Umzug der Bundesregierung nach Berlin beginnt.
- 05.07. Bundesverteidigungsminister Scharping hat die serbische Bevölkerung offen zum Sturz des jugoslawischen Präsidenten Milosevic aufgerufen. Gerhard Schröder macht deutlich, dass Milosevic vor dem Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt werden sollte.
- 07.07. Dritte Runde zum Bündnis für Arbeit – Die Teilnehmer kamen überein, mehr Lehrstellen anzubieten, Altersteilzeit auszuweiten und Überstunden, wo möglich, abzubauen.
- 09.07. Günter Verheugen und Michael Schreyer werden die Ressorts Erweiterung und Haushalt der EU bekommen.
- .08. Erdbeben in der Türkei – Soforthilfe der Bundesregierung von 5 Millionen DM.
- 25.08. Das Bundeskabinett hat, ungeachtet der Proteste von Gewerkschaften und Sozialverbänden, das Sparpaket und die neuen Steuergesetze auf den parlamentarischen Weg gebracht.
- 07.10. Rot-Grüne Regierungskoalition führt mit einer Gesetzesänderung des Schlechtwettergeld wieder ein.
- 12.10. Die Bundesregierung will grundsätzlich an einer gesetzlichen Regelung der Ladenschlusszeiten festhalten.
- 22.10. Durch das Bündnis der Grünen mit außerparlamentarischen Gruppen soll die Bundesregierung insbesondere davon abgehalten werden, der Türkei den Import von 1000 Leopard-II-Panzern zu erlauben.
- 22.10. Richtfest am Kanzleramt
- 26.10. Krisensitzung der Regierung in Berlin – Ein Leopard-II-Panzer wird als Testexemplar an die Türkei geliefert, die endgültige Entscheidung über den Verkauf von 1000 Panzern soll im Jahr 2001 fallen.

- 31.10. Der Streit zwischen der rot-grünen Koalition und den Stromkonzernen um den Atomausstieg verschärft sich. Bundesregierung und Konzerne wollen die Konsensgespräche fortführen.
- 12.11. Gegen den Protest der gesamten Opposition hat der Bundestag das Kernstück des 30-Milliarden-Sparpaketes der Bundesregierung beschlossen. Die Besteuerung von Kapitallebensversicherungen, die Erhöhung des Kindergeldes und der Anstieg der Renten in den nächsten beiden Jahren nur noch in Höhe der Inflationsrate und nicht mehr wie die Löhne.
- 13.11. Bundesregierung einigt sich beim Atomausstieg auf gemeinsame Linie.
- 21.11. Bundesinnenminister Otto Schily hat mit seiner Äußerung, 97 Prozent der Asylsuchenden seien Wirtschaftsflüchtlinge, eine intensive Debatte ausgelöst.
CDU-Spendenaffäre gerät in die Schlagzeilen.
- 23.11. Bauunternehmen Holzmann beantragt Insolvenzverfahren. Der Versuch des hessischen Ministerpräsidenten und der Bundesregierung scheiterten, sich mit den Gläubigerbanken auf ein Sanierungskonzept zu einigen. Staatshilfe für den überschuldeten Konzern.
- 29.11. Die Staatshilfe für den überschuldeten Holzmann-Konzern sorgt für Unmut. Die mittelständische Bauwirtschaft will mit Hilfe der Europäischen-Kommission gegen die von Bundeskanzler Schröder bereitgestellten Subventionen vorgehen.
- 30.11. Alt Bundeskanzler Helmut Kohl hat zugegeben, dass er in seiner Amtszeit als CDU-Vorsitzender Sonderkonten geführt hat. Kohl übernimmt die politische Verantwortung für die Affäre.
- 02.12. Bei Bundestagssitzung wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der CDU-Spendenaffäre beschlossen.
- 13.12. Im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern liegt jetzt erstmals eine konkrete Forderung aus den Reihen der Opfervertreter vor: 11 Milliarden DM plus Verfahrenskosten. Der Streit um die Entschädigungen begann bereits im März 1998 mit einer Sammelklage gegen Ford.

Das Jahr 2000

- 04.02. Die Bundesrepublik hält sich an den Beschluß der vierzehn EU-Staaten und stellt die Beziehungen zu Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ ein.
- 13.03. Bundeskanzler Schröders Vorschlag zur Green Card entwickelt sich zur Diskussion über die Einwanderungspolitik.
- 27.03. Nach Abwendung von Warnstreiks der Bahngewerkschaften plant die Bundesregierung nun eine radikale Modernisierung der Bahn.
- 06.05. Die „Zukunftskommission“ um Richard von Weizsäcker empfiehlt radikale Umstrukturierung der Bundeswehr: Truppenstärke reduzieren, Umstrukturierung zu einer internationalen Interventionsarmee.
- .06. Unstimmigkeiten in der Koalition in Bezug auf die Bundeswehrreform. Koalition vor dem Scheitern? Grüne sehen Grundsätze in Gefahr.
- 08.06. Mit Zustimmung der Union wird das Kosovo-Mandat der Bundeswehr verlängert.
- 22.06. Parteitag der Grünen in Münster. Atomkonsens steht zur Diskussion. Im Mittelpunkt des Streits steht die geplante Restlaufzeit von 32 Jahren. Die Partei strebt 30 Jahre als Maximum an.

- 29.06. New Economy auf wirtschaftlichem Höhepunkt: Dotcom-Wirtschaft stellt Forderung für politische Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- 14.07. Bundesrat genehmigt die Green Card. Somit können bis zu 20.000 Computerexperten für fünf Jahre in Deutschland arbeiten.
Bundesrat stimmt nach Kompromissvereinbarungen dem Gesetzesentwurf von Finanzminister Hans Eichel zur Steuerreform zu.
- 19.07. Die Bundesregierung nominiert Marianne Birthler als Nachfolgerin von Joachim Gauck.
- 29.05. Nach neun Morden an Ausländern rufen Bundesregierung, Verfassungsschutz und Politiker erneut zum Kampf gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus auf.
- 31.07. Bundesarbeitsminister Walter Riester händigt die erste Green Card an einen indonesischen IT-Experten aus.
- 11.08. Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen
- 06.09. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Die Lage in Ostdeutschland ist noch immer besorgniserregend.
- 14.09. Elf Bundesländer wollen gegen den Willen des Bundeskanzlers im Bundesrat über das Ladenschlussgesetz abstimmen lassen.
- 26.09. Es mehren sich Proteste gegen die hohen Spritpreise; insbesondere Speditionsunternehmen fordern Abschaffung der Ökosteuer.
- 03.10. Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf
- 12.10. Erneute Anschläge auf Synagogen und jüdische Einrichtungen in Deutschland. Der Bundestag verurteilt die Anschläge scharf.
- 16.10. Bundeskanzler Schröder und Bundesinnenminister Schily planen einen Antrag auf Verbot der NPD.
- 28.10. Der Beitrag zur Rentenkasse wird zum dritten Mal seit 1999 gesenkt.
- 29.10. Bundeskanzler Schröder auf Nah-Ost- Reise
- 02.11. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping unterzeichnet in New York ein Abkommen, nach dem Deutschland die UNO künftig auch mit Soldaten unterstützt.
- 16.11. Durch eine Strafbefehl unter Druck geraten reicht Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt seinen Rücktritt ein.
- 26.11. In Deutschland treten erste BSE-Fälle auf.
- 28.10. Kurt Bodewig tritt die Nachfolge von Reinhardt Klimmt als Bundesverkehrsminister an.
- 08.12. Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen von Koalition und Union das „Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Hunde“.
- 13.12. Die Bundesregierung beschließt das Rabattgesetz und die Zugabeverordnung zu streichen.
BSE-Tests für Schlachtrinder in Deutschland verpflichtend.
Die beiden Unions-regierten Länder Hessen und Bayern reichen Klage gegen die Bundesregierung vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe wegen Bestandteilen des Atomkonsens ein.

Das Jahr 2001

- 08.01. SPD-Generalsekretär Müntefering gesteht Versäumnisse der Bundesregierung in der BSE-Krise ein.
- 09.01. Rücktritt von Gesundheitsministerin Andrea Fischer (Bündnis 90/Grüne) und Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD).
- 10.01. Ulla Schmidt (SPD) wird neue Gesundheitsministerin, Renate Künast (Bündnis 90/Grüne) übernimmt das Ministerium für Landwirtschaft / Verbraucherschutz / Ernährung
- 15.01. Bauernproteste wegen BSE-Krise
- 31.01. Kabinett beschließt die Tötung von 400.000 möglicherweise BSE-infizierten Rindern und deren Vernichtung.
Bundesregierung stellt Antrag auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht.
- 08.02. Landwirtschaftsministerin Renate Künast kündigt in ihrer ersten Regierungserklärung eine grundlegende Agrarwende als Folge der BSE-Krise an.
- 16.02. Zustimmungsbefürchtete Teile der Rentenreform finden im Bundesrat keine Mehrheit.
- 03.03. Durch BSE-Krise, dem Wegbruch von Steuereinnahmen und Bundeswehreinsatz gerät der Sparkurs der Regierung in Gefahr.
- 08.03. Bund und Länder einigen sich auf ein generelles Exportverbot von Klautieren.
- 29.03. SPD stimmt geschlossen gegen den Antrag der CDU auf Entlassung von Bundesumweltminister Trittin. Dieser hatte in der Nationalstolzdebatte den CDU-Generalsekretär Meyer als „Skinhead“ beschimpft.
- 30.03. Bundestag beschließt ein umfassendes Konzept zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. Bundestag und Bundesrat reichen beim Bundesverfassungsgericht ihre Verbotsanträge gegen die NPD ein. Damit beteiligen sich alle drei antragsberechtigten Verfassungsorgane am Antrag auf das Parteienverbot.
- 04.04. Bundesverfassungsgericht moniert die Schlechterstellung der Familie durch die Rentenreform von Arbeitsminister Riester.
- 27.04. EU genehmigt Holzmann-Rettung
- 02.05. Bundeskabinett beschließt die Bildung eines nationalen Ethikrates zur Klärung von moralischen Fragen und Grenzen der Bio- und Gentechnik.
- 13.05. Konsens im Atomausstieg.
- 17.05. Durchbruch bei der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern. Rechtssicherheit für die deutsche Industrie gegeben.
- 29.05. Experten schlagen Alarm. Die Konjunktur entwickelte sich deutlich schlechter als erwartet.
- 31.05. Grundsatzdebatte über Gentechnik im Bundestag.
- 13.07. Bundesumweltminister Trittins Prestigeprojekt „Dosenpfand“ scheitert im Bundesrat. Auch SPD-regierte Länder enthalten sich bei der Abstimmung.
- 10.08. Bundeskanzler Schröder rechnet nicht damit, die anvisierte Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen zu erreichen.
- 11.08. Bundesregierung revidiert Wachstumserwartung der Wirtschaft von bisher 1,5 – 2,0% auf 1,0 – 1,5%
- 23.08. Beschluss für deutschen Einsatz in Mazedonien. Ziel der Operation „Harvest“ ist das Einsammeln und Zerstören von Waffen der albanischen Rebellen. Der Einsatz soll auf dreißig Tage begrenzt sein.

- 27.08. Durch Bundesfinanzminister Eichels Steuerreform sparen Unternehmen Milliarden an Gewerbesteuern, vielen Kommunen droht der finanzielle Kollaps.
- 01.09. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping nimmt während seines Urlaubs auf Mallorca die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Anspruch und gerät dadurch in die Kritik.
- 11.09. Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington
- 13.09. Die Nato beschließt den Bündnisfall.
- 21.09. Die Bundesregierung versichert den USA absolute Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus.
- 04.10. Zulassungsantrag auf Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht.
- 07.11. Das Bundeskabinett beschließt, 3900 Soldaten zur Unterstützung der USA bereitzustellen und stimmt dem Anti-Terror-Paket von Bundesinnenminister Schily zu.
- 09.11. Die Opposition stimmt gegen das Job-Aktiv-Gesetz. Die Bundesregierung räumt ein, dass geplante Ziel der Senkung der Arbeitslosenzahlen nicht zu erreichen.
- 16.11. Bundeskanzler Schröder besteht die Vertrauensfrage mit 336 Stimmen. Damit ist der Bundeswehreinsatz in Afghanistan genehmigt. Zuvor drohte die rot-grüne Koalition an dieser Frage zu scheitern.
- 20.11. Die sogenannte „Kaviar-Affäre“ zwingt den außenpolitische Berater von Bundeskanzler Schröder, Michael Steiner, zum Rücktritt. Dieter Kastrup wird sein Nachfolger.
- 22.11. Der Bundestag stimmt mit überwältigender Mehrheit für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Der Einsatz wird auf sechs Monate begrenzt.

Das Jahr 2002

- 17.01. Der Bundesregierung droht ein blauer Brief aus Brüssel. Die EU-Kommission denkt über eine Verwarnung der Bundesrepublik Deutschland wegen der hohen Haushaltsdefizite nach.
- 21.01. Das Bundesverfassungsgericht untersagt den Kauf von 73 Flugzeugen der Firma Airbus für die Bundeswehr.
- 22.01. Das Bundesverfassungsgericht stoppt die Verhandlungen zum NPD-Verbot, da ein Hauptzeuge zugleich V-Mann des Verfassungsschutzes hochrangiges NPD-Mitglied ist. Bundesinnenminister Otto Schily gerät in Bedrängnis.
- 04.02. Erste Enthüllungen im Skandal um das Bundesministerium für Arbeit; seit über drei Jahren sollen – angeblich mit Wissen dessen Präsidenten Jagoda – Zahlen geschönt worden sein.
- 22.03. Der Bundesrat stimmt nach kontroverser Sitzung dem Zuwanderungsgesetz zu, in dem Vorschriften zur Arbeitsmigration, zum Familiennachzug, zur humanitären Aufnahme, zur Ausreisepflicht, zu Sozialleistungen, zum Asylverfahren sowie zu Härtefallregeln enthalten sind.
- 27.03. Der neue Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, erhält seine Ernennungsurkunde.
- 28.03. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Rechtmäßigkeit der Vereinnahmung der UMTS-Versteigerungserlöse durch den Bund.

Jetzt in 4. Auflage

Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

Uwe Andersen
Wichard Woyke (Hrsg.)
Handwörterbuch
des politischen Systems der
Bundesrepublik Deutschland
4., überarbeitete Auflage 2000
763 Seiten. Kart.
39,90 EUR
ISBN 3-8100-2761-8

In mehr als 150 Artikeln analysieren
Spezialisten der Politik- und
Sozialwissenschaften umfassend
alle wichtigen Bereiche des politi-
schen Systems der Bundesrepublik
Deutschland.

Pressestimmen:

„Das Handwörterbuch (...) ist sowohl für Studienzwecke als auch als Nachschlagewerk unentbehrlich.“

Sicherheit + Frieden

„... auch die dritte Auflage des Handbuches ist wieder eine sehr sorgfältige und umfassende Einführung in das deutsche politische System. (...)“

Das Urteil 'Sehr empfehlenswert' gilt auch für die Neuauflage.“

Arbeit und Sozialpolitik



„...Seit vielen Jahren begleitet 'der Creifelds' als Rechtswörterbuch die politische Kultur der Bundesrepublik. Das (...) Handwörterbuch hat das Zeug, eine gleiche Erfolgsstory im Bereich von Politik und politischer Bildung zu werden.“

Politische Bildung

„...Das Handwörterbuch bietet hervorragenden Zugriff auf alle wichtigen Begriffe des politischen Systems der Bundesrepublik. (...)“

ekz-informationsdienst

■ **Leske + Budrich**

Postfach 30 05 51 . 51334 Leverkusen

E-Mail: lesbudpubl@aol.com . www.leske-budrich.de

Gesellschaft · Wirtschaft · Politik

Sozialwissenschaften für politische Bildung

Gesellschaft · Wirtschaft · Politik
Sozialwissenschaften für politische Bildung



Brennpunkt · Sinnloser Konflikt um „Wirtschaftslehre“

Aufsätze · Wirtschaftswissen bei Schülern – Fehlanzeige!

· Spielregeln in der New Economy · Neue Gesellschafts-

konzepte · Regierungsgebäude als Symbole

Aktuelle Informationen · Der EU-Konvent

· Das Job-Aktiv-Gesetz

Recht · Das NATO-Urteil des BVerG

Kontrovers dokumentiert · Anti-Terror-Gesetze

Didaktische Praxis · Fallstudie: Jugendkriminalität

Analyse · Gesundheitswesen noch bezahlbar?

1

Gegenwartskunde
Neue Folge
51. Jahrgang
1. Quartaljahr 2002
ISSN 0014-1875
F 8132

Das neue Programm einer klassischen Zeitschrift

Diese Zeitschrift – seit über 50 Jahren mit dem Titel „Gegenwartskunde“ – hat ihren Namen modifiziert:

„**Gesellschaft – Wirtschaft – Politik**“ (GWP) definiert die Zielsetzung der Zeitschrift durch den Untertitel „Sozialwissenschaften für politische Bildung“:

Wozu diese Änderung?

Es geht zum Einen um das Versprechen an Leserinnen und Leser, einen bestimmten Programmrahmen auszufüllen – gerade beim Thema „Wirtschaft“ greift die Zeitschrift deutlich und entschieden in die aktuelle Diskussion um das Phantom eines neuen Unterrichtsfaches ein.

Zum Zweiten geht es um die Bedeutung der Zeitschrift für die politische Bildung. Mit dem neuen Titel wird stärker als zuvor signalisiert, dass die Zeitschrift nicht für Fachleute der politischen Bildung arbeitet. Sie ist selber ein Teil der politischen Bildung in Deutschland, sie repräsentiert diese, sie ist Teil ihrer Außendarstellung.

Wichtigste Zielsetzung ist, die Zeitschrift wie die gesamte politische Bildung begrifflich für die Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Die Zeitschrift GWP erscheint vierteljährlich.

– das Einzelheft kostet 9,– EUR*

– das Jahresabonnement 28,– EUR*

– für Studenten/Referendare 21,– EUR*

*jeweils zzgl. Versandkosten

**Bitte fordern Sie zum Kennenlernen
der GWP ein kostenloses Probeheft an!**

■ **Leske + Budrich**

Postfach 30 05 51, 51334 Leverkusen

E-Mail: leske-budrich@t-online.de . www.leske-budrich.de